

nicht nur der Bevölkerung der DDR, sondern auch den friedliebenden westdeutschen Bürgern.

Besonders ernst bewerten wir die fortgesetzten Provokationen, die die westdeutschen Revanchisten unter Mißbrauch des besonderen Gebietes Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt, gegen uns unternehmen. Warum gibt sich die SPD dazu her? Sehen die Sozialdemokraten nicht, daß sie damit die Politik jener aggressiven Bonner Kräfte der CDU unterstützen, die ihnen noch dazu die Mehrheit in Westberlin nehmen wollen?

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum anzunehmen, man könne einen Beitrag für den Frieden leisten, wenn man den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat zu schwächen sucht, wenn man den Hitlergeneralen der Bundeswehr, Agenten und Provokateuren westlicher Geheimdienste Einlaß in die DDR verschaffen will. Das wird der Reaktion niemals gelingen.

Ursache und Wirkung verwechselt der Parteivorstand der SPD auch in seinen Aussagen über die Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten.

Man kann das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen. Solange es kein normales Verhältnis und keine Abmachungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten gibt, werden leider auch die persönlichen Beziehungen ihrer Bürger gestört bleiben. Das betrifft beispielsweise den Reiseverkehr. Überall in der Welt, wo es geregelten Reiseverkehr gibt, beruht er auf normalen Beziehungen und ordentlichen Abkommen zwischen den Regierungen der betreffenden Staaten.

In Deutschland sind solche Beziehungen durch die Bonner Politik der Feindseligkeit und Revanche gegen die DDR zur Zeit blockiert. Es hat keinen Sinn, von menschlichen Erleichterungen zu reden und den einzigen Weg, der dazu führen kann, abzulehnen. Soll es eine befriedigende Regelung des Reiseverkehrs und viele andere durchaus wünschenswerte Erleichterungen im Verhältnis der Bürger beider deutscher Staaten zueinander geben, muß die Bonner Blockade des Hasses, des kalten Krieges und des Nichtverhandelns mit der Regierung der DDR aufgehoben werden.

Wenn der Parteivorstand der SPD in seiner Stellungnahme erklärt, die SPD werde „durch eigene Beiträge die Voraussetzungen für positive Lösungen zum Wohle unseres Volkes“ schaffen, so hat die SPD dafür ein weites Betätigungsfeld, auch wenn sie zu unserem Bedauern nicht die Bonner Regierung bildet.